

**Herausgeber**

Prof. Dr. **Michael Brzoska**,  
Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik an der  
Universität Hamburg (IFSH)

Dr. **Walter E. Feichtinger**,  
Landesverteidigungsakademie,  
Institut für Friedenssicherung  
und Konfliktmanagement, Wien

Dr. **Volker Franke**, Kennesaw  
State University, Kennesaw,  
Georgia (USA)

Prof. Dr. **Hans J. Giessmann**,  
Executive Director der Berghof  
Foundation, Berlin

Prof. Dr. **Heiner Hänggi**,  
Genfer Zentrum für die  
demokratische Kontrolle der  
Streitkräfte (DCAF), Genf

Dr. **Sabine Jaber**, Führungs-  
akademie der Bundeswehr,  
Hamburg

Dr. **Axel Krohn**, Führungs-  
akademie der Bundeswehr,  
Hamburg

Dr. **Patricia Schneider**, IFSH

**Schriftleitung**

Prof. Dr. **Michael Brzoska**

**Redaktion**

Dr. **Martin Kahl** (V.i.S.d.P.), IFSH  
Dr. **Regina Heller**

Dr. **Sybille Reinke de Buitrago**  
**Susanne Bund**

**Beirat**

Prof. Dr. **Alyson J.K. Bailes**,  
University of Iceland, Reykjavik

Dr. **Detlef Bald**, München

Prof. Dr. **Susanne Buckley-**  
**Zistel**, Universität Marburg

**Alain Deletroz**, Vizepräsident  
International Crisis Group

Prof. Dr. **Pál Dunay**, Genfer Zen-  
trum für Sicherheitspolitik (GCSP)

Prof. Dr. **Susanne Feske**,  
Universität Münster

Prof. Dr. **Heinz Gärtner**,  
Universität Wien

Prof. Dr. **Laurent Götschel**,  
Universität Basel

Prof. Dr. **Anton Grizold**,  
Universität Ljubljana

PD Dr. **Hans-Joachim Heintze**,  
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. **Charles A. Kup-**  
**chan**, Georgetown University,  
Washington, D.C.

Dr. **Jocelyn Mawdsley**,  
Newcastle University

Dr. **Anja Seibert-Fohr**,  
MPI Heidelberg

Dr. **Marianne Wade**,  
MPI Freiburg

## THEMENSCHWERPUNKT

Staatliche Schwäche begünstigt Dschihadisten:  
Neuer Risikoraum Sahelzone

Martin Pabst\*

**Abstract:** This article analyses the conditions for jihadist expansion in the Sahel region. The vacuum, which was created by the war in Libya, plays, of course, an important role. However, it is primarily the weakness of the state in this region which favours jihadist activities. Inadequate legitimacy, inefficiency, and corruption of governments as well as structural poverty and unemployment make such movements attractive. The author focuses on mid- and long-term regional co-operation, including the key regional player Algeria, and on efforts to restabilise failing states rather than on military intervention.

**Keywords:** jihadism, failing states, military intervention, restabilisation  
Dschihadismus, scheiternde Staaten, Militärintervention, Restabilisierung

## 1. Einleitung

Scheiternde Staaten bieten Dschihadisten Aufmarsch- und Rückzugsräume, wie Afghanistan, Irak oder Jemen zeigen. Von 1991 bis 1996 hielt sich Osama bin Laden im Sudan auf und knüpfte erste Kontakte zu radikalen afrikanischen Islamisten. Als Al-Qaida nach dem 11. September 2001 in Afghanistan und Pakistan unter Druck geriet, wandte sie ihre Aufmerksamkeit Subsahara-Afrika zu, insbesondere dem zerfallenen Staat Somalia und kündigte die neue Strategie

auch propagandistisch an.<sup>1</sup> Mit der jüngsten französischen Militärintervention in Mali ist neben dem Horn von Afrika die Sahelzone zum Gegenstand der internationalen Aufmerksamkeit geworden. Auch diese von Muslimen bewohnte Region bietet gute Voraussetzungen für dschihadistische Aktivitäten wie

- schwache staatliche Autorität und ineffiziente Sicherheitskräfte,
- ausgedehnte und schwer zu überwachende Außengrenzen,

1 So z.B. in einem Al-Qaida-nahen Internetmagazin: Abu Azzam al-Ansari: Al-Qaida tattajih nahwa Ifrikiya (Al-Qaida wendet sich Afrika zu), Sada al-Jihad (Echo des Dschihad), Nr. 7 (Juni 2006), S. 27-30. – Zur Hinwendung dschihadistischer Gruppen nach Subsahara-Afrika siehe Martin Pabst: Subsahara-Afrika im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus? In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 45 (2007) 6, S. 665-674.

\* Dr. Martin Pabst, freiberuflicher Politikwissenschaftler und Publizist (Büro Dr. Martin Pabst, Forschung & Politikberatung, München).

- vernachlässigte und unterentwickelte periphere Regionen,
- weit verbreitete Korruption und unzureichende staatliche Dienstleistungen,
- staatskritische oder zumindest nichtkooperative Haltung vieler Bürger,
- Proliferation von Waffen,
- kriminelle Netzwerke (Drogen-, Waffen- und Menschen-smuggel),
- wirtschaftliche Perspektivlosigkeit von Jugendlichen,
- gefährdete Ernährungssicherheit infolge von Klimawandel und Desertifikation,
- aus der Kolonialzeit stammende Ressentiments gegenüber Europäern,
- vergleichsweise ungeschützte Präsenz westlicher Bürger.

Als doppelter „Kollateralschaden“ der Bürgerkriege in Algerien (1991-2002) und Libyen (2011) konnten hier dschihadistische Gruppen erstarken und 2012 die Kontrolle über Nordmali übernehmen. Der Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (VN), Antonio Guterres, warnte vor einer von Mauretanien bis zum Golf von Aden reichenden Zone der Instabilität, kontrolliert von transnationalen kriminellen und terroristischen Gruppen.<sup>2</sup>

Doch sind es tiefer liegende Ursachen, die zur Destabilisierung der Sahelregion geführt haben. Wenn es nicht gelingt, die eklatante staatliche Schwäche im Sahelraum wie auch in anderen Gegenden Subsahara-Afrikas zu überwinden, muss sich die Staatengemeinschaft auf viele weitere Zonen der Unsicherheit mit unabsehbaren sicherheitspolitischen Risiken einstellen. Selbst bisherige Stabilitätsanker wie Kenia, Nigeria und Südafrika weisen inzwischen bedenkliche Risse auf.<sup>3</sup> Der Fall Mali zeigt wie im Brennglas die zu erwartenden Risiken: Zerfall staatlicher Autorität, Putsche, Sezessionsversuche, Erstarbung von transnational operierenden Kriminellen und Dschihadisten, Flüchtlingsströme, regionale Destabilisierung.

## 2. Rahmenbedingungen in der Sahelzone

Die ca. 6.000 Kilometer breite und mehrere hundert Kilometer tiefe Sahelzone ist die semiaride Übergangsregion von der nordafrikanischen Saharawüste zur Trocken- bzw. Feuchtsavanne in West-, Zentral- und Ostafrika. Häufigste Landschaftsform ist die Dornbuschsavanne. Niederschläge sind selten und unregelmäßig.

Bevölkerungszunahme, Überweidung, Desertifikation und die Folgen der Klimaerwärmung haben die Konkurrenz um Land und Wasser intensiviert. Periodisch auftretende Dürren hat es hier immer gegeben, doch hat sich ihre Zahl und Intensität erhöht. Konflikte zwischen Ackerbauern und Nomaden wer-

den heute mit modernen Schusswaffen ausgetragen und von politischen Bestrebungen überlagert.<sup>4</sup>

Die Staaten der Region sind aus der Kolonialzeit hervorgegangene Kunstgebilde, die unterschiedlichste Menschen, Kulturen, Landschafts- und Klimaformen vereinen. So besteht Mali aus einem regenreichen, von Schwarzafrikanern dicht besiedelten Süden und einem in der Sahelzone liegenden, niederschlagsarmen, neben Schwarzafrikanern von Arabern und Berbern dünn besiedelten und unterentwickelten Norden. Der gestürzte Staatspräsident Amadou Toumani Touré gestand vor einigen Jahren die miserablen Lebensbedingungen im Norden ein: „In Nordmali gibt es keine Straßen, Krankenhäuser, Schulen oder Brunnen, keine Infrastruktur für das tägliche Leben. Dort gibt es eigentlich gar nichts. Ein junger Mensch aus der Gegend hat keine Chance zu heiraten oder ein gutes Leben zu führen, es sei denn, er klaut ein Auto und schließt sich den Schmugglern an.“<sup>5</sup>

Die vollständig oder teilweise in der Sahelzone liegenden Staaten gehören zu den ärmsten der Welt und besitzen gemäß VN Human Development Index alle einen „niedrigen menschlichen Entwicklungsstand“ auf den hintersten Rängen des 187 Staaten klassifizierenden HDI-Indexes (Tabelle 1).

Der von der US-Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ jährlich erstellte Bericht „Freedom in the World“ stuft 2012 lediglich Mali als „frei“ ein, Burkina Faso, Niger und Senegal als „teilweise frei“ sowie Äthiopien, Eritrea, Mauretanien, Sudan und Tschad als „nicht frei“.<sup>6</sup> Die Klassifizierung von Mali erfolgte allerdings vor dem Militärputsch vom 22. März 2012. Auch die deutsche Bundesregierung sah in Mali ein Beispiel für eine funktionierende Demokratie und unterstützte es als Schwerpunktpartnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In der Rückschau sind sich viele Beobachter jedoch einig, dass die Regierung des 2002 und 2007 gewählten Präsidenten Touré sicherlich kein Beispiel für funktionierende Demokratie, sondern allenfalls eine „Fassadendemokratie“ war.<sup>7</sup>

Militärputsche sind ein häufiges Phänomen in der Region. Zuletzt wurde in Mauretanien (2005 und 2008), Niger (2010) und Mali (2012) erfolgreich geputscht. Die Armeen gelten als politisiert, unprofessionell, schlecht ausgerüstet und schlecht ausgebildet.<sup>8</sup>

Die unzureichende staatliche Präsenz wird von Kriminellen genutzt.<sup>9</sup> Traditionell leben in der Sahelzone nomadische Bevölkerungsgruppen von Handel und Schmuggel. Kontrabande sind heute Kraftfahrzeuge, Zigaretten, Rauschgift, Waffen und Menschen. Der Kokainschmuggel aus Lateinamerika nach Eu-

4 Sahel. Encyclopaedia Britannica. unter: <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/516438/Sahel> (Zugriff 28.9.2012).

5 Amadou Toumani Touré in El Watan, Algier, 4.4.2009.

6 Freedom House: Freedom in the World 2012, Washington D.C. 2012, unter: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012> (Zugriff 28.9.2012).

7 Charlotte Wiedemann: Mali. Böses Spiel hinter der Fassade. WOZ vom 9.8.2012, unter: <http://www.woz.ch/1232/mali/boeses-spiel-hinter-der-fassade> (Zugriff 24.9.2012).

8 Arno Meinken gestand 2005 lediglich den Armeen von Äthiopien und Eritrea „mittlere Fähigkeiten“ zu, die anderen wurden zum Teil weit darunter bewertet. Arno Meinken: Militärische Kapazitäten und Fähigkeiten afrikanischer Staaten. Ursachen und Wirkungen militärischer Ineffektivität in Subsahara-Afrika. SWP-Studie S 04, Berlin, Februar 2005, S. 33-44.

9 Franklin Charles Graham IV: Abductions, kidnappings and killings in the Sahel and Sahara. In: Review of African Political Economy 38 (2011) 130, S. 587-604.

2 António Guterres: Why Mali Matters. New York Times, 5.9.2012. unter: [http://www.nytimes.com/2012/09/05/opinion/why-mali-matters.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2012/09/05/opinion/why-mali-matters.html?_r=0) (Zugriff 24.9.2012).

3 Siehe in diesem Zusammenhang auch Anne-Cécile Robert: Que reste-t-il des frontières africaines?, Le Monde diplomatique, Dezember 2012, S. 14f.

Tabelle 1: Indikatoren menschlicher Entwicklung in den Sahelstaaten\*

Staat	HDI-Index Nr.	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	Anteil Bevölkerung mit Einkommen > 1,25 USD Kaufkraftparität	Analphabetenrate unter Erwachsenen (≥15 Jahre)
Senegal	155	59,3	33,5%	50,3%
Mauretanien	159	58,6	21,2%	42,5%
Sudan	169	61,5	k.A.	29,8%
Äthiopien	174	59,3	39,0%	70,2%
Mali	175	51,4	51,4%	73,8%
Eritrea	177	61,6	k.A.	33,4%
Burkina Faso	181	55,4	56,5%	71,3%
Tschad	183	49,6	61,9%	66,4%
Niger	186	54,7	43,1%	71,3%

\* Nach United Nations Development Programme: Human Development Report 2011, New York 2011, Statistical Tables, S. 121-165. – Nigeria wurde nicht aufgenommen, da nur der äußerste Norden in der Sahelzone liegt. Die Daten zum Sudan schließen noch den Südsudan mit ein.

ropa, neuerdings auch nach Osten in die Golfstaaten, ist zu einem ernstzunehmenden Problem geworden. Aufgrund der hohen Einnahmen können sich die Schmuggler und die hinter ihnen stehenden Stämme moderne Waffen und Kommunikationsgeräte beschaffen, die denjenigen der Sicherheitskräfte nicht selten überlegen sind.<sup>10</sup>

Angesichts der staatlichen Ineffizienz und Korruption garantieren ethnisch-kulturelle und religiöse Gemeinschaften das Überleben. Mit ihnen identifizieren sich die Menschen mehr als mit den ungeliebten Regierungen und Nationalstaaten.

Nach dem 11. September 2001 lancierten die USA militärische Unterstützungsprogramme. Den Auftakt bildete im Oktober 2002 die zweijährige *Pan Sahel Initiative* (PSI). Ziel war es, die Fähigkeiten von Mauretanien, Mali, Niger und Tschad bei Grenzschutz, Überwachung der Bewegung von Personen und Gütern, Kampf gegen Terrorismus sowie regionaler Zusammenarbeit zu stärken.<sup>11</sup> Die USA lieferten militärische Ausrüstung und ließen je eine schnelle Eingreifkompanie ausbilden. 2005 wurde das Folgeprogramm initiiert, die *Trans Sahara Counter Terrorism Partnership* (TSCTP), die bis heute läuft. Mit rund 100 Mio. USD pro Jahr wurde sie finanziell besser ausgestattet und beinhaltete auch zivile Entwicklungsprogramme. Zusätzliche Partnerländer sind Algerien, Burkina Faso, Marokko, Nigeria, Senegal und Tunesien. Der militärische Teil läuft als *Operation Enduring Freedom-Trans Sahel* (OEF-TS) unter Führung von USAFRICOM.<sup>12</sup> US-Kräfte kooperieren mit den Partnern, um Nachrichtenaustausch, Kommandostrukturen, Logistik und Grenzkontrolle zu verbessern. OEF-TS beinhaltet Anti-Terrorismus-Ausbildung und Ausrüstungshilfe, jedoch keine Waffenlieferungen. Seit 2005 wird jährlich die gemeinsame Übung „Flintlock“ abgehalten, auch unter

Beteiligung europäischer Militärs. Im Frühjahr 2012 musste sie allerdings wegen der Lageverschlechterung in Nordmali abgesagt werden.<sup>13</sup> Der Erfolg all dieser Programme ist fraglich, von einsetzbaren Eingreifkompanien kann nicht die Rede sein. Lediglich die Sicherheitskräfte in schwachen Staaten zu stärken, ist wenig sinnvoll oder sogar kontraproduktiv, wie das Überlaufen von den USA ausgebildeter malischer Einheiten zu den Rebellen, unter Mitnahme von Waffen, Munition und Fahrzeugen, beispielhaft gezeigt hat. Nur eine umfassende staatliche Stabilisierung kann nachhaltige Besserung bringen.

Auch für Europa steht im Sahelraum viel auf dem Spiel, vor allem in Bezug auf die Erschließung konventioneller und alternativer Energiequellen. Die Union für das Mittelmeer unterstützt das DESERTEC-Projekt zur Erzeugung von Strom durch Sonnenwärmekraftwerke, Windkraftanlagen und Photovoltaik und dessen Transport nach Europa.<sup>14</sup> Algerien, Niger und Nigeria haben überdies vereinbart, eine nach Spanien bzw. Italien führende Trans-Sahara-Erdgaspipeline zu bauen.<sup>15</sup> Solche Großprojekte können aber nur in einem stabilen Umfeld realisiert werden. Andererseits birgt die Region gehöriges Destabilisierungspotenzial für Europa. Illegale Migration konfrontiert die Zielländer mit organisierter Kriminalität, humanitären Herausforderungen sowie politischen und sozialen Folgekosten.

Sicherheitspolitisch engagierte sich zunächst Frankreich ab 1997 mit seinem Programm „*Renforcement des Capacités Africaines de Maintien de la Paix*“ (RECAMP), das von der EU als EURO RECAMP weitergeführt wurde. Es beinhaltete ebenfalls Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für Friedensmissionen und gemeinsame Übungen. Im zweiten Halbjahr 2009 entsandte die EU eine Erkundungsmissionen nach Mali, Mauretanien und Niger, um Möglichkeiten zur Unterstützung von Sicher-

10 Eric Denéce/Alain Rodnier: The security challenges of West Africa. In: Philip Henrighs/Marie Trémolières (Hg.): Global Security Risks and West Africa. Development Challenges, OECD, 2012, S. 45-48.

11 Sigrid Faath, US-Engagement im Sahel-Sahararum: Terrorismusbekämpfung als Vorwand oder Notwendigkeit?, DOI-Focus (2005) 18 (Januar), S.7-15.

12 Alexis Arief: Maghreb Facing New Global Challenges. U.S.-Algerian Security Cooperation and Regional Counterterrorism. Note de l'Ifri, Programme Moyen-Orient, Juli 2011, S. 17-20.

13 Annette Lohmann: Who Owns the Sahara? Old Conflicts, New Menaces: Mali and the between the Tuareg, Al Qaeda and Organized Crime. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abuja 2011, S. 12; Ricardo René Larémont: Al Qaeda in the Islamic Maghreb: Terrorism and Counterterrorism in the Sahel, African Security, 4 (2011) 4, S. 261-263.

14 Siehe Internet-Dokument: <http://www.desertec.org/> (Zugriff 24.9.2012).

15 Randy Fabi: Nigeria, Algeria agree to build Sahara gas link. Reuters, 3.7.2009, unter: <http://uk.reuters.com/article/2009/07/03/nigeria-algeria-pipeline-idUKL345766620090703?sp=true> (Zugriff 24.9.2012).

heitssektorreform zu untersuchen. Die Ergebnisse flossen in die im März 2011 erstmalig verabschiedete „EU-Strategie für die Sahelzone“ ein. Darin werden als Eckpfeiler Sicherheit, Entwicklung, regionale Integration und Kapazitätsaufbau genannt. Im Zeitraum 2011 bis 2014 sollen Mali, Mauretanien und Niger 800 Mio. Euro erhalten.<sup>16</sup>

Der Sturz des libyschen Staatsführers Muammar al-Gaddafi im Sommer 2011 wirkte sich in mehrfacher Hinsicht negativ auf die Region aus. Zunächst gingen sowohl die Unterstützungsleistungen des libyschen Staates wie auch die Geldüberweisungen von dortigen Gastarbeitern verloren. Zudem muss die Region an die 420.000 aus Libyen vertriebene oder geflüchtete Staatsbürger absorbieren.<sup>17</sup> Auch desertierten im Zuge des Libyenkriegs aus Mali stammende libysche Soldaten, plünderten die Waffenarsenale und schlossen sich in ihrem Heimatland regierungsfeindlichen Gruppen an. Schließlich ist mit Gaddafi ein mitunter egoistischer, aber nichtsdestoweniger engagierter Konfliktvermittler sowie energischer Feind aller islamistischen Bestrebungen in der Region weggefallen.

### 3. Das Vordringen des Dschihadismus in den Sahelraum

1998 spaltete sich in Algerien die *Groupe salafiste pour la prédication et le combat* (GSPC) von der *Groupe islamique armée* (GIA) ab. Seit 2007 firmiert sie als *Al-Qaida des Islamischen Maghreb* (AQIM).<sup>18</sup> Salafistische Vorstellungen wurden in Algerien nicht erst infolge der Radikalisierung von Islamisten im Bürgerkrieg (1991-2002) verbreitet, sondern bereits mit der Rückkehr von nicht weniger als ca. 1.500 algerischen Kriegsfreiwilligen aus Afghanistan. Im Kampf gegen die Sowjetunion waren sie ideologisiert und brutalisiert worden. Zu dieser Gruppe gehört beispielsweise Mokhtar Belmokhtar, bekannt als „der Einäugige“, heute Führer einer Kampfgruppe der AQIM in der Sahelregion.<sup>19</sup>

Die frühere GSPC und heutige AQIM änderte mit der Umbenennung ihre Strategie. Im Fokus ist nicht mehr nur die algerische Regierung, sondern auch der „ferne Feind“ (USA,

Europäische Union).<sup>20</sup> Seither greift sie auch zu Suizidanschlägen, so zum Beispiel am 11. Dezember 2007 mit derartigen Attentaten auf das UNHCR-Gebäude und den Verfassungsgerichtshof in Algier, denen 26 Menschen zum Opfer fielen.<sup>21</sup>

Die Literatur geht überwiegend davon aus, dass die AQIM eigenständig und ohne finanzielle Unterstützung durch Al-Qaida operiert. Gleichzeitig profitiert sie vom Bekanntheitsgrad der „Marke“ Al-Qaida. Vereinzelt lassen sich Indizien für möglicherweise abgestimmtes Handeln ausmachen. So erklärte Osama bin Laden im Januar 2011 in einer Tonbandbotschaft, dass sieben von der AQIM im Niger entführte Mitarbeiter einer französischen Uranabbaufirma nur freigelassen würden, wenn Frankreich seine Truppen aus Afghanistan abziehe. Paris, so die Forderung, müsse direkt mit Al-Qaida verhandeln.<sup>22</sup>

Wie im neuen Namen propagiert, kämpft die AQIM für die Gründung eines islamischen Maghreb-Kalifats. Doch konnte sie sich bisher weder nach Marokko noch nach Tunesien ausbreiten, sondern dort nur Rekruten anwerben, die nach der Ausbildung in AQIM-Lagern häufig in den Irak weiterzogen.<sup>23</sup>

In Algerien setzten Militär und Polizei der AQIM schwer zu. Ihr Führer Abdelmalek Drukdel zog sich daraufhin mit ca. 1.000 Mann in das schwer zugängliche nordöstliche Bergland der Kabylei zurück. Seit 2009 gewinnt der Sahelraum für die Dschihadisten zunehmend an Bedeutung. Die zwei wichtigsten Kampfgruppen im Grenzgebiet Algerien/Mauretanien/Mali/Niger werden von „Emir“ Mokhtar Belmokhtar und „Emir“ Abdelhamid Abu Zaïd geführt. Der Oberbefehl liegt bei Drukdel, doch dürften die „Emire“ über eine gewisse Handlungsautonomie verfügen.<sup>24</sup>

Noch unter dem Etikett GSPC war es 2003 zu einer spektakulären Entführung von 32 Sahara-Touristen gekommen. Der Zwischenfall zeigte, wie geschickt die Dschihadisten bei ihren Operationen zwischen verschiedenen Staaten hin und her wechseln und sich damit einer Verfolgung durch die nationalen Sicherheitsbehörden zu entziehen vermögen.

Obwohl die AQIM salafistische Parolen verbreitet, erweisen sich ihre Führer mitunter als ideologisch sehr flexibel. Belmokhtar arbeitet zum Beispiel eng mit Schmugglern und Kriminellen zusammen und gewährt ihnen gegen Bezahlung militärischen Schutz. Umgekehrt kidnappen Banden und Stämme Bürger westlicher Staaten und verkaufen sie an die AQIM weiter. Seit 2008 hat die Zahl der Geiselnahmen massiv zugenommen, was der AQIM beträchtliche Einkünfte beschert – durchschnittlich 2 bis 3 Mio. USD pro Geisel.<sup>25</sup> Mit Ausnahme von Großbritannien zahlen westliche Staaten

16 European Union External Action Service: Strategy for Security and Development in the Sahel (verabschiedet März 2011).

17 United Nations Security Council: Letter dated 17 January 2012 from the Secretary-General addressed to the President of the Security Council; Report of the assessment mission on the impact of the Libyan crisis on the Sahel region 7 to 23 December 2011, New York 18.1.2012, S. 6 (UN-Dok. S/2012/42).

18 Zur AQIM ist in den letzten Jahren umfangreiche Literatur erschienen, so Diogo Noivo: Islamism Terrorism in Algeria: From GIA to AQIM. Portuguese Institute of International Relations and Security (IPRIS), Februar 2010; Jean-Pierre Filiu: Could Al-Qaeda Turn African in the Sahel? Carnegie Papers, Middle East Program Nr. 112, Juni 2010; Dario Cristiani/Riccardo Fabiani: Al Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM): Implications for Algeria's Regional and International Relations. IAI Working Papers 11/07, April 2011; William Thornberry/Jaclyn Levy: Al Qaeda in the Islamic Maghreb. Center for Strategic & International Studies, Aqam Futures Project, Case Study No. 4, September 2011; Laramont (wie Anm. 13), 242-268; Henry Wilkinson: Reversal of fortune. AQIM's stalemate in Algeria and its new front in the Sahel. In: Henrighs/Trémolières (wie Anm. 10), S. 11-34; Modibo Goïta: West Africa's Growing Terrorist Threat: Confronting AQIM's Sahelian Strategy. Africa Center for Strategic Studies, African Security Brief Nr. 11, Februar 2011.

19 Ein Auge hat er als Mujahid in Afghanistan verloren. Noivo (wie Anm. 18), S. 2.

20 Operationen außerhalb Afrikas brachte die AQIM bisher nicht zustande – ihre Vorläuferin GSPC hatte 1995 noch mit einer Bombenserie in Paris aufgehört lassen.

21 Henry Wilkinson: Reversal of fortune. AQIM's stalemate in Algeria and its new front in the Sahel. In: Henrighs/Trémolières (wie Anm. 10), S. 17f.

22 Annette Lohmann (wie Anm. 13), S. 9

23 Henry Wilkinson: Reversal of fortune. AQIM's stalemate in Algeria and its new front in the Sahel. In: Henrighs/Trémolières (wie Anm. 10), S. 20f.

24 Ebd., S. 16. Belmokhtar firmiert inzwischen als Kommandeur einer Brigade mit Namen *al-Muawqoon Biddam* („Diejenigen, die mit Blut unterzeichnen“), bekennt sich aber weiterhin zur AQIM.

25 Jason Ipe/James Cockayne/Alistair Millar: Implementing the UN Global Counter-Terrorism Strategy in West Africa. Center on Global Counterterrorism Report, September 2010, S. 8.

bereitwillig Lösegeld. Algerien verurteilt dieses Verhalten als indirekte Finanzierung des Terrorismus.

Das südliche Algerien und die nördlichen Regionen von Mauretanien, Mali und Niger sind für Touristen aus westlichen Ländern inzwischen zu „No-Go-Areas“ geworden. Handelswege sind unsicher, was die Preise von Waren verteuert. Auch behindern drakonische militärische Gegenmaßnahmen Wirtschaft und Handel. Die Einheimischen verlieren dadurch Erwerbsmöglichkeiten und werden somit geradezu in die Zusammenarbeit mit Kriminellen und Terroristen gedrängt.

Die Strategie der Dschihadisten im Sahelraum besteht nicht darin, den Staat direkt anzugreifen, sondern ihn von innen auszuhöhlen.<sup>26</sup> So verkünden sie denn auch, dass sie nicht den Staat als solchen, sondern nur „Kolonialisten“, „Invasoren“ und „Kreuzzügler“ bekämpfen wollten. Damit suchen sie auch antiwestliche Ressentiments zu mobilisieren.<sup>27</sup> Insbesondere in Mali war diese Strategie erfolgreich. Beamte ließen sich bestechen, korrupte Offiziere verkauften den Dschihadisten Waffen.<sup>28</sup> Präsident Touré gefiel sich in der Rolle des uneigennütigen Vermittlers bei Geiseldramen, doch bezogen hochrangige Politiker – angeblich auch der Staatspräsident persönlich – von der AQIM insgeheim Bestechungsgelder. Rechte Hand des Präsidenten bei Verhandlungen mit der AQIM zur Freilassung entführter Europäer war Iyad ag Ghaly, seit 2011 Führer der islamistischen Widerstandsgruppe *Ansar al-Din*. Die AQIM durfte in Nordmali ungeniert operieren, während die Armee vernachlässigt wurde.<sup>29</sup> Nachbarstaaten wie Algerien und Mauretanien kritisierten das Verhalten der malischen Regierung scharf.<sup>30</sup>

Die Präsenz von Terroristen diente manchen Regierungen von Sahel-Staaten auch als wohlfeiles Argument, um großzügige finanzielle Unterstützung aus dem Westen zu beziehen. Nicht selten wurden diese Gelder zweckentfremdet.<sup>31</sup>

Teil des Erfolges der AQIM ist, dass sie sich in lokale Gemeinschaften integriert hat. So heiratete Belmokhtar vier Frauen aus arabischen und Tuareg-Stämmen.<sup>32</sup> Die AQIM investiert vor Ort, spendet für wohltätige Projekte und finanziert Dienstleistungen in Bereichen, in denen die Staaten versagen.<sup>33</sup>

Mit ihrem islamistischen Gedankengut konnte die AQIM jedoch zunächst bei der Bevölkerung kaum punkten. Denn der Sahel-Islam gilt als tolerant. Sufi-Bruderschaften haben eine einflussreiche Stellung, sie sind spirituell orientiert und praktizieren keine strenge Religionsauslegung. Ihre religiösen

Praktiken wie Heiligenverehrung, Amulettglaube, Musik und Tanz werden von Salafisten entschieden abgelehnt.<sup>34</sup>

Prediger der rigid-islamischen *Jamaat Tabligh* aus Indien und Pakistan sowie Wahabi-Prediger aus Saudi-Arabien zogen in den letzten Jahrzehnten bis nach Nigeria, verteilten Spendengelder und warben um Anhänger.<sup>35</sup> Zunächst drangen salafistische Ideen nur in Mauretanien in Teile der Gesellschaft ein. Bereits um das Jahr 2000 gründete sich dort die *Groupe Mauritanien pour la prêche et le jihad* (GMPJ). In der Folge ist die muslimische Mehrheitsgesellschaft strenger und intoleranter geworden.<sup>36</sup> Eine rigide, egalitäre Islam-Auslegung stößt in Mauretanien zudem auch bei den weiterhin de facto diskriminierten *Haratin*, den ehemaligen Sklaven, auf Zustimmung. Den Sufi-Islam der Bruderschaften identifizieren die *Haratin* mit dem geltenden Kastensystem.<sup>37</sup> Auch die engen Kontakte Mauretaniens zu Israel, einschließlich der Pflege voller diplomatischer Beziehungen bis 2010, leisteten der Sympathiebildung für die Salafisten Vorschub.<sup>38</sup>

In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen für eine stärkere Durchdringung des Sahelraums mit salafistischem Gedankengut. Jugendliche sind unter den Einfluss entsprechender Lehrer oder Prediger geraten, nicht wenige haben auch Stipendienaufenthalte in Saudi-Arabien oder Katar absolviert. Eine salafistische Überzeugung muss nicht notwendigerweise zu ihrer gewaltsamen Verbreitung führen, doch ist die Grenze zwischen friedlichem und militantem Salafismus fließend.

Ein Anzeichen für die geschilderte Entwicklung ist beispielsweise die steigende Zahl an Wahabi-Moscheen in der malischen Hauptstadt Bamako. Im Niger gilt Zinder als Zentrum salafistischer Ideen. Im September 2012 wurde dort ein Anschlag auf eine christliche Kirche verübt.<sup>39</sup> Von Zinder ist es nicht weit nach Nordnigeria, wo seit 2009 die militant-salafistische Sekte *Boko Haram* („Westliche Bildung ist verboten“) massiv an Zulauf gewinnt, begünstigt durch weit verbreitete Armut, Arbeitslosigkeit und staatliche Willkür. Zwischen Mitte 2009 und Mitte 2012 wurden über 1.000 Nigerianer durch Anschläge der *Boko-Haram* getötet.<sup>40</sup>

34 Jamil M. Abun-Nasr/Roman Loimeier: Die unabhängigen Staaten Schwarzafrikas. In: Werner Ende/Udo Steinbach (Hg.): Der Islam in der Gegenwart, München 52005, S. 430-448.

35 Jacques Neria: A Second Afghanistan in Mali? Jerusalem Issue Brief, 12 (2012) 15, vom 15. Juni, S. 4; Ipe/Cockayne/Millar (wie Anm. 26, S. 7); Abimola Adesoji: The Boko Haram Uprising and Islamic Revivalism in Nigeria. In: Africa Spectrum, 45 (2010) 2, S. 95-108.

36 Anouar Boukhars: The Drivers of Insecurity in Mauritania. Carnegie Papers, Middle East, April 2012, S. 11f.

37 Ebd., S. 13f.; Jourde (wie Anm. 31), S. 3f.

38 Eric Denéche/Alain Rodnier: The security challenges of West Africa. In: Henrigns/Trémolières (wie Anm. 10), S. 41. – Im Februar 2008 wurde ein Schusswaffenüberfall auf die israelische Botschaft in Nouakchott verübt.

39 International Crisis Group: Mali: The Need for Determined and Coordinated International Action. Africa Briefing Nr. 90, Dakar/Brüssel, 24.9.2012, S. 5.

40 Aktuelle Veröffentlichungen zu *Boko Haram* sind Abimola Adesoji: The Boko Haram Uprising and Islamic Revivalism in Nigeria. In: Africa Spectrum, 45 (2010) 2, S. 95-108; Michael Tanchum: Al-Qa'ida's West African Advance: Nigeria's Boko Haram, Mali's Touareg, and the Spread of Salafi Jihadism. In: Israel Journal of Foreign Affairs 6 (2012) 2 (Mai), S. 75-90; Iro Aghedo/Oarhe Osumah: The Boko Haram Uprising: how should Nigeria respond? Third World Quarterly 33 (2012) 5, 853-869; Peter Pham: Boko Haram's Evolving Threat. Africa Security Brief Nr. 20, April 2012, S. 1-8; Alain Vicky: Das Monster von Nigeria. Wie die kleine Sekte Boko Haram zur international gefürchteten Terrorgruppe wurde. Le Monde diplomatique Nr. 9776 vom 13.4.2012.

26 Goïta (wie Anm. 18), S. 2.

27 Henry Wilkinson: Reversal of fortune. AQIM's stalemate in Algeria and its new front in the Sahel. In: Henrigns/Trémolières (wie Anm. 10), S. 26.

28 Goïta (wie Anm. 18), S. 6

29 May Ying Welsh: Mali: The 'gentle' face of al-Qaeda. An exclusive report from inside northern Mali. Al-Jazeera, 30.12.2012, unter: <http://www.aljazeera.com/indepth/spotlight/2012review/2012/12/201212281021517169557.html> (Zugriff 13.1.2013).

30 J. Peter Pham: Foreign Influences and Shifting Horizons: The Ongoing Evolution of al Qaeda in the Islamic Maghreb. In: Orbis 55 (2011) 2, S. 248.

31 Cédric Jourde: Mauritania 2010: between individual willpower and institutional inertia, IPRIS Maghreb Bulletin 9, März 2011, S. 3.

32 Laremont (wie Anm. 13), S. 249.

33 United Nations Security Council (wie Anm. 17), S. 7.

### 3.1 Militante Islamisten übernehmen die Macht in Nordmali

Im entwickelteren Süden Malis leben auf einem Drittel des Territoriums rund 90%, im unterentwickelten Norden auf zwei Dritteln rund 10% der Bevölkerung. Im Süden sind schwarzafrikanische Stämme zuhause, überwiegend sesshafte Ackerbauern (Bambara, Malinké, Senoufo, Sarakolé). Im von wiederkehrenden Dürren geplagten Norden leben vorwiegend Halbnomaden und Nomaden, so die schwarzafrikanischen Fulani, arabische Stämme und die berberischen Tuareg, allesamt Viehzüchter, aber auch sesshafte Ackerbauern und Fischer wie die schwarzafrikanischen Songhai am Ufer des Nigerflusses. Die im Süden erzielten Einnahmen aus dem Baumwollanbau und dem Goldbergbau kommen dem Norden kaum zugute.

Vor der Entkolonialisierung propagierten die in den französischen Gebieten Algerien, Französisch-Sudan (heute Mali), Niger und Obervolta (heute Burkina Faso) lebenden Tuareg eine autonome Region bzw. einen Tuareg-Staat. Die Bestrebungen wurden von Paris aufgrund eigener strategischer Interessen durchaus wohlwollend aufgenommen, doch wurde dies von der algerischen Befreiungsbewegung und den schwarzafrikanischen Führern der Sahel-Gebiete verhindert.<sup>41</sup> In der Folge brachen in Mali und Niger immer wieder Tuareg-Aufstände aus, die zeitweise von Gaddafi unterstützt wurden. Die letzte Rebellion wurde 2009 mit Hilfe von Friedensabkommen in Mali und Niger beigelegt. Splittergruppen kämpften jedoch weiter.

Als sich Mitte 2011 der Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes abzeichnete, überredete der im libyschen Exil lebende Tuareg-Politiker Ibrahim Ag Bahanga zahlreiche in der libyschen Armee dienende Tuareg, unter Mitnahme von Waffen und Gerät zu desertieren.<sup>42</sup> Möglicherweise wurden sie dazu auch vom libyschen „Übergangsrat“ ermuntert.<sup>43</sup>

Im Oktober 2011 wurde die separatistische Tuareg-Bewegung *Mouvement national de libération de l'Azawad* (MNLA) unter Führung des libyschen Obersten Mohamed Ag Najem gegründet. Er stammt aus Nordostmali; die dortigen Klans der Ifora and Idnan bildeten den Kern der MNLA. Zu den „Libyern“ stießen aus der malischen Armee übergelaufene Tuareg sowie junge Aktivisten hinzu. Am 17. Januar 2012 griffen die Rebellen erstmals Soldaten bei Menaka an.

Die MNLA verbündete sich mit der im Dezember 2011 gegründeten salafistischen Bewegung Ansar al-Din (Verteidiger der

islamischen Lebensweise) unter Führung von Iyad ag Ghaly aus dem Klan der Ifora. Der frühere Tuareg-Rebell war als malischer Diplomat in Saudi-Arabien (2008-2010) zum Salafisten bekehrt worden. Die Ansar al-Din unterhält Verbindungen zur AQIM, es gibt auch familiäre Bande: Ein Vetter von ag Ghaly ist Führer einer AQIM-Untereinheit.<sup>44</sup>

Indizien für eine Teilnahme militant-salafistischer Gruppen am Aufstand gab es schon früh: So sollen Rebellen am 24. Januar 2012 in Aguelhok 82 gefangene Soldaten und Zivilisten exekutiert haben. Die Brutalität des Vorgehens – vielen von ihnen wurde die Kehle durchgeschnitten<sup>45</sup> – deutete auf fanatisierte Täter hin.

In der Hauptstadt Bamako stürzte am 22. März eine Junta unter Führung von Hauptmann Amadou Sanogo den malischen Präsidenten Touré. Ihm wurde vorgeworfen, unzureichend gegen Staatsfeinde vorzugehen und die Armee nur mangelhaft ausgerüstet zu haben. Die bevorstehenden Wahlen wurden abgesagt. Am 8. April einigten sich die Junta und die Regionalorganisation ECOWAS darauf, den Parlamentspräsidenten Dioncounda Traoré als Interimspräsidenten einzusetzen, der baldmöglichst Wahlen abhalten und einer legitimen Regierung Platz machen sollte. Zur Unterstützung bereitete die ECOWAS die Entsendung einer Friedenstruppe vor. Der gestürzte Präsident Touré trat daraufhin formell zurück, während den Putschisten Amnestie zugesichert wurde.

Die verworrene Lage in der Hauptstadt beschleunigte die Offensive der Rebellen. Am 30. März nahmen die MNLA und ihre Verbündeten Kidal ein, am 31. März Gao, am 1. April Timbuktu. Hals über Kopf flüchteten die Armeesoldaten oder liefen zu den Rebellen über. Am 6. April rief die MNLA in Gao einseitig den Staat „Azawad“ aus. Er umfasste eine Fläche von ca. 822.000 km<sup>2</sup> und wurde von Generalsekretär Bilal Ag Acherif geführt. International stieß die Sezession aber auf klare Ablehnung. Man befürchtete, dass die MNLA entgegen ihrer Versicherungen auch Tuareg-Gebiete in Algerien, Burkina Faso, Libyen und Niger beanspruchen würde. Insgesamt leben im Sahelraum ca. 1,5 Mio. Tuareg.

Die eigentlichen Gewinner des Aufstands waren indes militante islamistische Gruppen. In Timbuktu gelang es der Ansar al-Din schon im April, die MNLA zu vertreiben. Tuareg stellen hier nur 11 Prozent der Bevölkerung. Die Islamisten holten die grün-rot-schwarz-gelbe Azawad-Fahne ein, zogen die schwarze Fahne des Propheten Mohammed auf und führten ein strenges Scharia-Regiment inklusive drakonischer Körperstrafen ein. Im Mai begannen sie, islamische Mausoleen zu zerstören, da gemäß salafistischer Islamauslegung jegliche Heiligenverehrung verboten ist. Bald erschienen in Timbuktu hochrangige AQIM-Kommandeure, schließlich sogar AQIM-Chef Drukdel persönlich.<sup>46</sup>

Zwar beschlossen MNLA und Ansar al-Din am 26. Mai ihren Zusammenschluss, doch hielt dieser nur kurze Zeit. Nach hef-

41 Peter Dörrie: The Origins and Consequences of Tuareg Nationalism. In: World Politics Review, 9.5.2012, unter: <http://www.worldpoliticsreview.com/articles/11922/the-origins-and-consequences-of-tuareg-nationalism> (Zugriff 26.9.2012).

42 Zum Aufstand der MNLA siehe Denis M. Tull/Wolfram Lacher: Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika. Gräben zwischen der AU und dem Westen. Destabilisierung der Sahelzone. SWP-Studie S8, Berlin, März 2012; Philippe Leymarie: Aufstand der Tuareg. Der Putsch in Mali spielt den Separatisten des Nordens in die Hände, *Le Monde diplomatique* Nr. 9776 vom 13.4.2012; sowie die Berichterstattung in *Africa Confidential* 53 (2012).

43 Gemäß VN-Angaben gelangten folgende Waffen in den Sahelraum: Kleinwaffen, Munition, Semtex-Sprengstoff, raketengetriebene Granatwerfer, Maschinengewehre mit Flugabwehreinrichtungen, Mörser, Flugabwehrtartillerie montiert auf Fahrzeugen, möglicherweise auch Boden-Luft-Raketen und tragbare Flugabwehrsysteme (manpads), United Nations Security Council (wie Anm. 17), S. 10.

44 Tanchum (wie Anm. 40), S. 84

45 Mali says soldiers, civilians executed during Tuareg clashes. ReliefWeb, 13.2.2012, unter: <http://reliefweb.int/report/mali/mali-says-soldiers-civilians-executed-during-tuareg-clashes> (Zugriff 27.9.2012).

46 Thomas Scheen: Ecowas will Eingreiftruppe für Mali aufstellen, FAZ, 3.4.2012; Welsh (wie Anm. 29).

tigen Kämpfen zwischen beiden Organisationen setzten sich die Islamisten im Juni auch in der Tuareg-Hochburg Kidal durch. Schließlich vertrieb am 27. Juni eine weitere Organisation, das *Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest* (MUJAO), die MNLA aus Gao. Als letzten Ort verloren die Tuareg-Separatisten am 11. Juli das 100 Kilometer nördlich von Gao gelegene Ansogo und zogen ihre Kämpfer zurück. Die in Auflösung befindliche MNLA nahm Kontakt zur Regierung in Bamako auf und schraubte ihre Forderungen herunter: Statt der Unabhängigkeit strebt sie nur noch eine Autonomie innerhalb des Staatsverbandes an.<sup>47</sup>

Im September 2012 eroberte die MUJAO auch die Stadt Douentza nahe der Nord-Süd-Trennlinie. Diese Organisation hat sich Mitte 2011 von der AQIM abgespalten und strebt die Gründung eines Kalifat-Staats in Westafrika an. Geführt wird sie von dem Mauretanier Hamada Ould Mohamed Kheirou. Die MUJAO soll von ehemaligen AQIM-Mitgliedern aus der Sahelzone und aus Westafrika gegründet worden sein, denen die Organisation zu stark arabisch dominiert war.<sup>48</sup>

Der Erfolg der radikalen Islamisten hatte mehrere Ursachen. Erstens waren sie wesentlich besser mit Geld und Waffen ausgestattet als die MNLA.<sup>49</sup> Zweitens verloren die Separatisten mit dem Tod Ibrahim Ag Bahangas einen erfahrenen politischen Führer. Er soll am 26. August 2011 bei einem tödlichen Unfall in Nordmali ums Leben gekommen sein, die genauen Umstände seines Todes sind jedoch bis heute unklar.<sup>50</sup> Drittens unterstützen nicht alle Tuareg-Klans die Sezession. So gelten die Imghad traditionell als staats-treu. Viertens sind die Islamisten ethnisch-tribal nicht festgelegt. Insofern konnten sie an alle Bevölkerungsgruppen von Nordmali appellieren, von denen die Tuareg nur einen Anteil von ca. 20% ausmachen. Bei den Konflikten zwischen schwarzafrikanischen Songhai und arrogant auftretenden MNLA-Kämpfern in Gao solidarisierte sich die MUJAO geschickt mit der Bevölkerungsmehrheit und konnte so die Tuareg-Separatisten aus deren „Hauptstadt“ vertreiben.<sup>51</sup> Zu spät versuchte die MNLA, sich als multiethnische Befreiungsbewegung zu präsentieren.

Die Milizen haben die Städte vermint, Befestigungs- und Höhlenanlagen angelegt und zahlreiche neue Kämpfer rekrutiert, darunter viele Minderjährige. Freiwillige Mitkämpfer sollen aus Ägypten, Algerien, Pakistan, Benin, Guinea, Senegal und Togo dazugestoßen sein.<sup>52</sup> Drei von den Islamisten kontrollierte Flughäfen (Gao, Tessalit und Timbuktu) dienten als Einfallstore für Waffen und Freiwillige.<sup>53</sup> Bestimmende Kraft in Nordmali soll die AQIM sein: Der AQIM-

Kommandeur Abu Zaïd etablierte sich als starker Mann in Timbuktu, sein Kamerad Mokhtar Belmokhtar als starker Mann in Gao. Die Tuareg-Hochburg Kidal wurde zwar von Iyad ag Ghaly von der *Ansar al-Din* kontrolliert. Ihm stand aber eine AQIM-Einheit unter Führung seines Cousins Abdelkrim Taleb zur Seite.<sup>54</sup>

Die Lage der Menschen im Norden ist katastrophal. Millionen Menschen droht eine Hungerkatastrophe. Bis Dezember 2012 wurden 355.000 Menschen innerhalb Malis bzw. in Nachbarländer vertrieben. Große Teile der Bevölkerung im Norden stehen den radikalen Islamisten ablehnend gegenüber. Viele Menschen verabscheuen Bilderstürmerei, Amputationen und Steinigungen. Auch nehmen sie die islamistischen Kämpfer, nicht zuletzt wegen des hohen Anteils an Ausländern, als „Besatzer“ wahr.<sup>55</sup> Manche Einwohner des Nordens versuchen inzwischen, sich auf eigene Faust gegen die Islamisten zu verteidigen. Am 8. Juni 2012 riefen Angehörige arabischer Stämme die Widerstandsmiliz *Mouvement des Patriotes pour la Résistance et la Libération de Tombouctou* (MPLRT) ins Leben.<sup>56</sup>

### 3.2 Unterstützung und Vernetzung der militanten Islamisten

Nach Angaben französischer Geheimdienste wurden die *Ansar al-Din* und möglicherweise auch die radikaleren Gruppen von Katar mit Geld und Waffen unterstützt.<sup>57</sup> Auch im libyschen und syrischen Bürgerkrieg war bzw. ist das Emirat Finanzier und Ausrüster islamistischer Milizen. In Nordmali unterstützt Katar zudem seit geraumer Zeit Entwicklungsprojekte. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass der gemäßigt-wahabistische Golfstaat seinen Einfluss in der Sahelzone ausdehnen will. Dort locken auch Bodenschätze: Niger zählt zu den größten Uranproduzenten weltweit (französischer Konzern AREVA), in Nordmali sind Gold-, Öl- und Uranvorkommen nachgewiesen bzw. werden dort vermutet.<sup>58</sup> Mauretanien verfügt über bestätigte Öl- und Erdgasfelder; Abkommen über Förderrechte werden derzeit abgeschlossen.<sup>59</sup> Hinzu kommt in allen Staaten das große Potenzial erneuerbarer Energien.

Berichte über eine Einflussnahme Katars werden in Algerien sehr ernst genommen. Einflussreiche Stimmen sehen in dem Emirat den „Staatsfeind Nr. 1“, der dem säkularen Staat eine islamische „Revolution“ nach dem Vorbild Ägyptens und Sy-

47 MALI: The jihadists take over. Africa Confidential, 53 (2012) 15, vom 19.7.2012.

48 William Lloyd George: Mali's irrevocable crisis", Al Jazeera, 16.4.2012, unter: <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2012/04/201241572956363410.html> (Zugriff 26.9.2012).

49 So beschlagnahmten Sicherheitskräfte des Niger Ende Januar 2012 einen Konvoi mit 645 Pfund Semtex-Sprengstoff und 445 Zündern. Die Ladung soll aus Libyen stammen und für ein AQIM-Lager in Nordmali bestimmt gewesen sein, United Nations Security Council (wie Anm. 17), S. 11.

50 Gerd Schumann: Ein „Kollateralschaden“. junge Welt, 21.7.2012.

51 MALI: The jihadists take over. Africa Confidential, 53 (2012) 15 vom 19.7.2012.

52 Serge Daniel: Les djihadistes du Nord-Mali s'organisent en attendant „la bataille“. AFP, 26.9.2012, unter: <http://reliefweb.int/report/mali/les-djihadistes-du-nord-mali-sorganisent-en-attendant-la-bataille> (Zugriff 31.10.2012).

53 Neriah (wie Anm. 35), S. 3.

54 Serge Daniel: Au Nord-Mali, les islamistes armés tous alliés d'Aqmi. AFP, 25.9.2012, unter: [http://www.sidwaya.bf/quotidien/spip.php?page=imprimer&id\\_article=7879](http://www.sidwaya.bf/quotidien/spip.php?page=imprimer&id_article=7879) (Zugriff 31.10.2012).

55 Gemäß Botschafter a.D. Karl Flittner (bis Juni 2012 in Mali) bei INISA e.V./ Society for International Development (SID Berlin), „Demokratisierung, Separatismus und Islamismus“, Vortrag 12.09.2012.

56 Thomas Scheen: Tuareg kämpfen gegen Islamisten. FAZ, 8.6.2012.

57 Mali – Le Qatar accusé de soutenir financièrement les rebelles du nord. SlateAfrique, 7.6.2012, unter: <http://www.slateafrique.com/88719/mali-qatar-accuse-soutenir-financierement-rebelles-nord> (Zugriff 26.9.2012).

58 Claus-Dieter König: Chaos in Mali. Das Militär putscht, die Rebellen jubeln. In: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik, Potsdam (2012) 84 (Mai/Juni), S. 17-21.

59 MAURITANIDES 2012: The second Mauritanian Mining & Oil and Gas Conference & Exhibition 8-11 October 2012, unter: <http://www.mauritanides2012.com/html/anoverview.html> (Zugriff 28.9.2012).

riens aufzwingen will und ihn nun auch von Süden her zu destabilisieren sucht.<sup>60</sup>

Abdelkader Abderrahmane vom südafrikanischen *Institute for Strategic Studies* (ISS) vermutet gar ein französisch/katarisch/US-amerikanisch/marokkanisches Zusammenspiel: Durch die Unterstützung des Machtwechsels in Libyen habe Frankreich in Nordafrika und im Sahelraum an Einfluss gewonnen. Politisch und wirtschaftlich seien die Beziehungen mit Katar eng, das an EADS, Total und anderen französischen Konzernen beteiligt sei. Mit im Bunde sei auch Marokko, das Einfluss in der von Gaddafi ins Leben gerufenen SinSad-Gemeinschaft der Sahel- und Saharastaaten gewinnen wolle. Frankreich, Katar und Marokko seien bemüht, ihre Position im Sahelraum auf Kosten Algeriens zu festigen. Unterstützung käme von den USA, die seit 2011 den marokkanischen Stützpunkt Guelmim nutzen könnten. Zusammen mit dem in Afrika mit Militärstützpunkten präsenten Frankreich wollten die USA die Sahel-Region kontrollieren. In diesem Zusammenhang sei auffällig, dass die neu gegründete MUJAO schwerpunktmäßig Algerien angreife.<sup>61</sup> In der Tat: Bereits im ersten Jahr nach ihrer Gründung verübte diese nominell auf Westafrika ausgerichtete Organisation vier Anschläge gegen algerische Ziele oder Interessen: Am 22. Oktober 2011 wurden drei europäische Helfer aus einem Flüchtlingslager der mit Algerien verbündeten Westsahara-Befreiungsbewegung Frente POLISARIO bei Tindouf/Südalgerien entführt, am 3. März 2012 wurde ein Selbstmordanschlag auf einen Gendarmerie-Stützpunkt in Tamanrasset/Südalgerien verübt, am 5. April 2012 kam es erneut zu einer Entführung; diesmal waren sieben algerische Diplomaten aus dem Konsulat in Gao/Nordmali betroffen. Der Vizekonsul wurde fünf Monate später nach Verstreichen eines Ultimatums getötet. Am 29. Juni 2012 folgte ein weiterer Suizidanschlag auf das Gendarmerie-Hauptquartier in Ouargla/Südalgerien.<sup>62</sup>

Die angespannten Beziehungen zwischen Marokko und Algerien mögen in der Tat Stellvertreterkonflikte im Sahelraum provozieren. Derweil geht Katar auf die algerische Regierung zu: Im Januar 2013 besuchte Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa al Thani Algier und unterzeichnete zahlreiche Wirtschaftsabkommen. Das wirtschaftlich eng mit Algerien verflochtene Frankreich und die USA bemühen sich nun ebenfalls um eine sicherheitspolitische Einbindung dieser Regionalmacht. Sowohl Präsident François Hollande als auch die bisherige US-Außenministerin Hillary Clinton besuchten Algerien in der zweiten Jahreshälfte 2012; Washington und Algier initiierten einen regelmäßigen strategischen Dialog. Als Frankreich am 11. Januar 2013 mit eigenen Truppen gegen die Dschihadisten in Nordmali intervenierte (siehe unten), öffnete die algerische

Regierung der ungeliebten früheren Kolonialmacht überraschend den Luftraum – eine in weiten Teilen der Bevölkerung allerdings höchst unpopuläre Entscheidung. Viele Algerier werfen Frankreich vor, mit seinen Militärinterventionen in Libyen und Mali regionale Konflikte anzufachen, deren Preis Algerien zahlen müsse – beginnend mit der desaströsen Geiselnahme von 800 in- und ausländischen Arbeitern durch Dschihadisten in der algerischen Gasanlage In Amenas im Januar 2013. Manche Algerier vermuten gar eine gezielte Provokation von Konflikten in Mali durch Frankreich und seine Verbündeten, um einen Vorwand zu haben, sich in der südlichen Nachbarschaft Algeriens zu installieren.<sup>63</sup>

Besorgniserregend ist die zunehmende Vernetzung dschihadistischer Gruppen im Sahelraum. Das Anwachsen der mittlerweile ebenfalls global-dschihadistisch ausgerichteten Widerstandsbewegung *Boko Haram* in Nordnigeria ist nicht zuletzt auf ihre rückwärtigen Basen in Kamerun, Niger und Tschad zurückzuführen. Die drei Ethnien, auf die sich die Organisation in erster Linie stützt – Kanuri, Haussa und Fulani – leben auch jenseits der Nordgrenze Nigerias.<sup>64</sup> Über die Fulani kann *Boko Haram* Kontakte zu Dschihadisten in Mali knüpfen. Sie siedeln dort zwischen Timbuktu und Gao und stellen in Mali 17% der Bevölkerung.

Gemäß Michael Tanchum gab es einen offiziellen Beschluss des AQIM-Rates (schura), *Boko Haram* nach dem Militärangriff auf ihr Hauptquartier im Juli 2009 zu Hilfe zu kommen. Zu diesem Zweck seien Angehörige der Kampfgruppe *Abu Zaïd* zu den *Boko-Haram*-Lagern in Niger und Tschad entsandt worden. Im Januar 2010 bot AQIM-Chef Drukdel der *Boko Haram* an, Freiwillige für den „Dschihad“ gegen Christen in Nigeria auszubilden.<sup>65</sup>

Auch die VN berichteten, dass *Boko-Haram*-Mitglieder aus Nigeria und dem Tschad im Sommer 2011 von AQIM-Kämpfern in Mali ausgebildet worden sein sollen. Sieben *Boko-Haram*-Anhänger wurden gefangen genommen, als sie von Nigeria über Niger nach Mali reisen wollten. Bei sich hatten sie Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff, Propagandaschriften sowie Kontaktdaten von AQIM-Mitgliedern.<sup>66</sup>

Nach dem Machtwechsel in Nordmali haben sich die Kontakte intensiviert. In Timbuktu traf sich AQIM-Kommandeur Abu Zaïd mit Repräsentanten der *Boko Haram*.<sup>67</sup> Die *Ansar al-Din* engagierte *Boko-Haram*-Angehörige als salafistische Prediger.<sup>68</sup> Im Juni 2012 verkündete der Staatspräsident von Niger, Mahamadou Issoufou, dass afghanische und pakistanische Ausbilder nigerianische *Boko-Haram*-Kämpfer in der MUJAO-Hochburg Gao ausbilden würden.<sup>69</sup> Die 2011 gegründete MUJAO ist

60 So unterstellte der frühere algerische UNESCO-Botschafter Mezri Haddad ein katarisches Komplott, Mezri Haddad: «Le Qatar complotte contre l'Algérie», *Algerie 360*, 18.3.2012, unter: <http://www.algerie360.com/algerie/mezri-haddad-%C2%ABle-qatar-complotte-contre-l%E2%80%99algerie%C2%BB> (Zugriff 26.9.2012).

61 Abdelkader Abderrahmane: Deep Read: Malian tinderbox – A dangerous puzzle. *Mail & Guardian*, Johannesburg 9.7.2012, unter: <http://mg.co.za/article/2012-07-09-malian-tinderbox-a-regional-jigsaw-puzzle> (Zugriff 26.9.2012). – Die von Gaddafi initiierte Gemeinschaft der Sahara- und Sahelstaaten (SinSad) vereint 28 Staaten zwischen Atlantik und Indischem Ozean, Äquator und Mittelmeer (es fehlen Algerien und Äthiopien). Es ist jedoch eine eher lockere Gemeinschaft, und mit dem Tod Gaddafis hat sie ihren wesentlichen Sponsor und Mentor verloren.

62 Nach Berichterstattung BBC News, unter: [www.bbc.co.uk/news](http://www.bbc.co.uk/news) (Zugriff 31.10.2012).

63 Isabelle Mandraud: Embarrassée, l'Algérie redoute d'être entraînée malgré elle dans la guerre. *Le Monde*, 17.1.2013. – Die Geiselnahme endete nach tagelanger Belagerung mit der Erstürmung der Anlage durch algerische Spezialeinheiten. An die 40 Ausländer wurden getötet.

64 Tanchum (wie Anm. 40), S. 75-78.

65 Tanchum (wie Anm. 40), S. 80.

66 United Nations Security Council (wie Anm. 18), S. 11f.

67 Tanchum (wie Anm. 40), S. 84.

68 Tanchum (wie Anm. 40), S. 85.

69 Afghan, Pakistani jihadists 'operating in northern Mali'. *France International News* 24/7, 7.6.2012, unter: <http://www.france24.com/en/20120607-foreign-jihadists-operating-trainers-northern-mali-issoufou-france24-interview> (Zugriff 26.9.2012).



ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der schwarzafrikanischen *Boko Haram* und der arabisch geprägten AQIM.

Aufgrund heimlicher Zuwendungen staatlicher Gönner verfügt *Boko Haram* heute über beträchtliche Finanzmittel. Damit soll sie in der Lage sein, dschihadistische Gruppen im Sahelraum zu unterstützen.<sup>70</sup> Im Gegenzug erhält sie Waffen, auch aus libyschen Arsenalen. Der Kommandeur von USAFRICOM, General Carter Ham, erklärte Mitte 2012, dass sich *Boko Haram* und AQIM Ausbildungslager, Sprengstoffe und Finanzmittel teilten.<sup>71</sup>

Es gibt auch Indizien für verstärkte Aktivitäten der AQIM in Libyen. So behauptete der tschadische Präsident Idris Déby, dass die AQIM und die *al-Jama'a al-Islamiyya al-Muqatilah fil-Libya* (Libysche Kämpfende Gruppe) Boden-Luft-Raketen und andere schwere Waffen in die Wüstenregion Ténéré im Grenzgebiet Niger/Tschad geschafft hätten.<sup>72</sup> Gemäß der CIA ist die AQIM zudem bemüht, Kontakte zu weiteren salafistischen Milizen wie der *Abu-Salim-Märtyrerbrigade* oder der *Ansar al-Sharia* zu vertiefen. Letztere wird für den Anschlag auf das US-Konsulat in Benghazi am 11. September 2012 verantwortlich gemacht; Treffen sollen in Ghat im Grenzgebiet Libyens zu Algerien stattfinden.<sup>73</sup>

#### 4. Wie kann der Sahelraum stabilisiert werden?

Der malische Juntachef Sanogo bat im April 2012 die ECOWAS um logistische und Ausrüstungshilfe für die Wiedergewinnung staatlicher Autorität im Norden, wollte dies jedoch mit eigenen militärischen Kräften erreichen.<sup>74</sup> Dahinter steht auch die Angst der Putschisten vor Strafverfolgung wegen Menschenrechtsverletzungen. So desolat wie die malische Regierung ist freilich auch ihre nur noch gut 2.000 statt früher 6.000 Mann umfassende Armee. Anfang September 2012 kam Premierminister Diarra nicht umhin, ein offizielles Gesuch um militärische Hilfe an die ECOWAS zu richten.<sup>75</sup>

Die Nachbarländer vertraten in der Interventionsfrage unterschiedliche Positionen. Niger unterstützte nachdrücklich eine robuste ECOWAS-Truppe, da es ein Übergreifen der Instabilität verhindern will. Die stärkste Militärmacht in der ECOWAS, Nigeria, zögerte hingegen, sich zu beteiligen. Man fürchtete terroristische Vergeltung im eigenen Land. Burkina Fasos Staatspräsident Blaise Compaoré setzte auf eine diplomatische Lösung. Er wurde von der ECOWAS zum Konfliktvermittler bestimmt. Sein Außenminister Djibril Bassolé nahm Anfang August 2012 Gespräche mit der *Ansar al-Din* auf, allerdings

unter der Bedingung, dass diese jegliche Verbindungen zur AQIM und MUJAO abbricht.<sup>76</sup>

Experten kommen in Bezug auf die von Tuareg und Arabern getragene *Ansar al-Din* zu unterschiedlichen Einschätzungen. Während die einen in ihr eine nationale islamische Bewegung im Gegensatz zu den global orientierten Dschihadisten sehen,<sup>77</sup> konstatieren andere eine weitgehende Interessengleichheit zwischen Dschihadisten und *Ansar al-Din*.<sup>78</sup> Wieder andere sehen in *Ansar al-Din* und MUJAO lediglich Unterabteilungen der AQIM.<sup>79</sup> Jüngste Entwicklung ist die Abspaltung eines verhandlungsbereiten *Ansar-al-Din*-Flügels unter dem Namen *Mouvement islamique de l'Azawad* (MIA), geführt von Algabas Ag Intalla.<sup>80</sup>

Algerien hat bisher im Sahelraum eine Politik der strikten Nichteinmischung verfolgt.<sup>81</sup> Zum einen ist dies eine nationale Doktrin, die in der Geschichte des algerischen Befreiungskrieges wurzelt. Zum anderen wollte Algier keinen Präzedenzfall für französische oder US-Militärinterventionen schaffen. Manche Beobachter sahen in der algerischen Strategie auch eine Art Stillhalteabkommen zwischen Algerien und der AQIM: Algier toleriere die Aktivitäten der Dschihadisten jenseits der Landesgrenzen, solange sie sich von algerischem Staatsgebiet fernhielten. Außerdem begrüße Algerien die Destabilisierung der südlichen Nachbarstaaten, da es sich davon eine Stärkung seiner eigenen Vormachtstellung verspreche.<sup>82</sup> Selbst wenn diese Einschätzung für die Vergangenheit zutreffen sollte, hat sich die Lage inzwischen doch erheblich verändert. Seit der Geiselnahme von In Amenas im Januar 2013 ist Algerien in den Mali-Konflikt nolens volens involviert.

Bereits am 12. Juli 2012 bezeichnete der französische Außenminister Laurent Fabius eine robuste Militärintervention in Mali als „wahrscheinlich“.<sup>83</sup> Man wolle eine von der UNO mandatierte ECOWAS-Truppe unterstützen, nicht jedoch aktiv teilnehmen. Paris ist vor Ort bereits seit längerem militärisch präsent. Seit der spektakulären Entführung französischer AREVA-Mitarbeiter in Nordniger (September 2010) sind in Mopti (Mali), Burkina Faso und Mauretanien Spezialeinheiten stationiert. Das französische Oberkommando für Sondereinsätze (COS) arbeitet eng mit der mauretanischen Armee zusammen, gemeinsame Operationen wurden im Juli und September 2010 durchgeführt.<sup>84</sup>

Auch die USA befürworten ein robustes Vorgehen ohne eigene aktive Teilnahme. Washington nutzt seit 2007 ein Netz von Luftstützpunkten, wo private Sicherheitsdienstleister stationiert sind. Von Bedeutung sind insbesondere Ouagadougou (Burkina Faso) und ein Stützpunkt im mauretanischen Grenzgebiet zu Mali. Zu Aufklärungsflügen werden kleine, nicht be-

70 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Roter Salon 1754, Aussage von Dr. Claus Dieter König, Büroleiter RLS in Dakar, 20.9.2012.

71 Lauren Ploch: Nigeria: Current Issues and U.S. Policy. CRS Report for Congress, Congressional Research Service 7-5700, Washington D.C. 18.7.2012, S. 12.

72 Larémont (wie Anm. 13), S. 256. Die Libysche Kämpfende Gruppe operiert neuerdings auch unter dem Namen *al-Harakat al-Islamiyya al-Libiyya* (Libysche Islamische Bewegung).

73 Con Coughlin: Al-Qaeda 'intensifying efforts to establish new base in Libya', The Telegraph, 2.12.2013, unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/al-qaeda/9717206/Al-Qaeda-intensifying-efforts-to-establish-new-base-in-Libya> (Zugriff 25.1.2013).

74 Mali coup leader rejects possible Ecowas intervention. BBC News, 10.4.2012, unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-17662913> (Zugriff 24.1.2013).

75 Malis Regierung ersucht ECOWAS um militärische Hilfe. FAZ, 6.9.2012.

76 Den Islamisten ausgeliefert. Süddeutsche Zeitung, 11./12.8.2012.

77 Tom Lister: Disaster looms for people of Mali as country is split by revolt. CNN, 13.4.2012, unter: <http://edition.cnn.com/2012/04/12/world/africa/mali-revolt> (Zugriff 31.10.2012).

78 Daniel (wie Anm. 54).

79 Youssouf Diallo/Hans Krech: Der wachsende Einfluss des militanten Islam und der Al-Qaida in Afrika. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Wien 50 (2012) 5, S. 547f.

80 Malische Islamisten gespalten. FAZ, 25.1.2013.

81 Abdelkader Abderrahmane (wie Anm. 61).

82 Lohmann (wie Anm. 13), S. 16.

83 Mögliche Intervention in Mali. FAZ, 13.7.2012.

84 Lohmann (wie Anm. 13), S. 12.

waffnete Turboprop-Flugzeuge des Schweizer Typs „Pilatus PC 12“ mit Bild- und Tonsensoren eingesetzt. Zielobjekte sind in erster Linie die AQIM und die *Boko Haram*. Nach einem Bericht der „Washington Post“ könnten bewaffnete Drohnen, wie sie in Ostafrika verwendet werden, bei Bedarf auch in anderen Teilen Afrikas zum Einsatz kommen.<sup>85</sup> Nun wird im Nordwesten Nigers ein Stützpunkt für Überwachungsdrohnen mit 300 US-Soldaten bzw. Zivilisten errichtet.

Die EU setzte bislang auf Prävention: Am 16. Juli 2012 beschloss die EU die zivile Unterstützungsmission „EUCAP SAHEL Niger“ mit 50 europäischen und 30 einheimischen Mitarbeitern. Seit August 2012 soll sie für zunächst zwei Jahre die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus beraten und die regionale Kooperation unterstützen. Der Beschluss sieht vor, eine Ausweitung auf Mali und Mauretanien zu prüfen.<sup>86</sup> In Niger sind die Spannungen zwischen Süden und Norden weniger stark ausgeprägt. Der im März 2012 gewählte Staatspräsident Mahamadou Issoufou, ein Haussa, bindet demonstrativ Vertreter des Nordens in seine Regierung ein, so Brigi Rafini, einen Targi aus Agadez im Norden, den er zum Premierminister berief. Auch wurde ein Langzeitprogramm zur Entwicklung vernachlässigter Gebiete im Norden initiiert.<sup>87</sup>

Auf Betreiben Frankreichs forderte der UNO-Sicherheitsrat am 12. Oktober 2012 die AU und die ECOWAS auf, binnen 45 Tagen in Kooperation mit der malischen Regierung umsetzungsfähige Pläne für eine afrikanische Militärmission nach Kapitel VII der VN-Charta auszuarbeiten.<sup>88</sup> Der MUJAO-Sprecher Oumar Ould Hamaha drohte daraufhin Paris mit der umgehenden Ermordung von vier französischen Geiseln und Anschlägen auf weitere Staatsbürger in Westafrika.<sup>89</sup> Am 10./11. November beschloss die ECOWAS die Entsendung einer ca. 3.300 Mann starken Unterstützungsmission in Mali, die mit einem robusten Mandat ggf. auch gegen die Dschihadisten im Norden des Landes vorgehen sollte. In der Resolution 2085 billigte der VN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2012 die *Mission internationale de soutien au Mali sous conduite africaine* (MISMA), ohne allerdings ein Datum des Beginns zu nennen.<sup>90</sup> Die Dauer wurde zunächst auf ein Jahr begrenzt. Als vorrangiges Ziel wurde die Unterstützung des Wiederaufbaus der malischen Armee bezeichnet. Erst nach Erfolgen bei diesem Ziel und bei einem Scheitern von Verhandlungen zur Lösung des Konflikts sollte ein militärisches Vorgehen im Norden erwogen werden. Außerdem forderte die Resolution die Nichteinmischung des Militärs in politische Angelegenheiten, nachvollziehbare Fortschritte bei der Demokratisierung sowie einen Versöhnungsprozess. Die malische Regierung wurde zu einem Dialog mit jenen Gruppen im Norden des Landes aufgefordert, die sich vom Terrorismus losgesagt haben.

85 U.S. expands secret intelligence operations in Africa. The Washington Post, 13.6.2012, unter: [http://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-expands-secret-intelligence-operations-in-africa/2012/06/13/gIQAHyvAbV\\_story\\_4.html](http://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-expands-secret-intelligence-operations-in-africa/2012/06/13/gIQAHyvAbV_story_4.html) (Zugriff 3.7.2012).

86 Neue EU-Mission gegen Piraten. FAZ, 17.7.2012.

87 Tanchum (wie Anm. 40), S. 83. Targi ist der Singular der Pluralform Tuareg.

88 S/RES/2071 (2013) vom 12.10.2013.

89 Al-Qaida-linked Islamists in Mali threaten French citizens after UN move. The Guardian, 13.10.2012, unter: <http://www.guardian.co.uk/world/2012/oct/13/al-qaida-islamists-mali-french-citizens-un?newsfeed=true> (Zugriff 31.10.2013, Übersetzung Vf.).

90 S/RES/2071 (2013) vom 20.12.2013.

Am 10. Dezember 2012 nahm der Rat der Europäischen Union das Konzept für eine Mission zur Ausbildung malischer Soldaten im Süden des Landes an. Ein Operationsplan wurde in Auftrag gegeben. Als Beginn wurde zum damaligen Zeitpunkt der September 2013 angestrebt.<sup>91</sup> Auch die ECOWAS wollte ihre Unterstützungsmission MISMA erst nach der heißen Jahreszeit ab September stationieren. Die EU signalisierte ihre Bereitschaft zur Unterstützung, z.B. durch strategischen Lufttransport.

Die Mission der ECOWAS stand freilich unter keinem guten Stern. So bestehen in Bamako zwei konkurrierende Machtzentren – Übergangspräsident Traoré und Putschistenführer Sanogo –, und Neuwahlen sind noch in weiter Ferne. Stärkste Kraft sind die Putschisten. Soldaten verhafteten im Dezember 2012 kurzerhand Premierminister Diarra mit der Begründung, er habe nicht mehr „im Interesse des Landes“ gehandelt. Ersetzt wurde er durch Django Sissoko, der den Militärs in seiner Übergangsregierung Schlüsselressorts übertrug.<sup>92</sup> Die undisziplinierte Rumpfarmee ist von Spannungen zwischen Anhängern und Gegnern der Putschisten durchzogen. Die Wirtschaft leidet unter einer Rezession, und das Land muss zehntausende Flüchtlinge aus dem Norden ernähren. Das schlimmste Szenario wäre eine Explosion sozialer Unzufriedenheit im Süden, die die Dschihadisten für sich instrumentalisieren könnten.<sup>93</sup> Auch die ECOWAS selbst kämpft mit Problemen, die sich auf ihre Konfliktlösungsfähigkeit auswirken könnten: Der ECOWAS-Vorsitzende Alphons Ouattara (Staatspräsident der Elfenbeinküste) kommt aus einem bürgerkriegsgeschädigten Land, das seine eigene Krise noch nicht überwunden hat. Der ECOWAS-Vermittler Blaise Compaoré hat sich zu sehr in die inneren Verhältnisse Malis eingemischt und dadurch an Ansehen verloren. Nigeria erklärte sich schließlich bereit, eine zentrale Rolle bei der ECOWAS-Mission zu übernehmen, bleibt aber eine zögerliche Führungsmacht.

Auch in militärischer Hinsicht wird der Einsatz nicht einfach sein. Die entsandten ECOWAS-Soldaten werden in einem ihnen nicht vertrauten, schwierigen Terrain mit anderen klimatischen Bedingungen und schwer durchschaubaren Stammes- und Klan-Loyalitäten operieren. Hinzu kommt die verbreitete Abneigung der Bevölkerung gegen jegliches Eingreifen raumfremder Kräfte. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass die jüngste Tuareg-Rebellion in Nordmali nicht zuletzt deshalb ausbrach, weil im Zuge eines von der EU geförderten Programms zusätzliche Soldaten aus dem Süden im Norden stationiert worden waren.<sup>94</sup>

Auch ist der Schlüsselakteur Algerien bislang nicht an Bord. Zwar versuchten die EU und die USA, Algerien zu einer aktiven Unterstützung der ECOWAS-Militärmission zu bewegen, doch winkte das Nachbarland bislang ab; aus den geschilderten Gründen wie auch aus Furcht, ein militärisches Vorgehen in Nordmali könnte die Dschihadisten dazu bewegen, nach Algerien auszuweichen. So hatte der algerische Afrika-Minister Abdelkader Messahel im April 2012 in Nouakchott verkündet:

91 Jochen Stahnke: Malis Premierminister Diarra von Armee zum Rücktritt gezwungen. FAZ, 11.12.2012.

92 ebd.

93 International Crisis Group (wie Anm. 39), S. 4.

94 Tull/Lacher (wie Anm. 42), S. 6.

„The solution can only be a political one. It cannot be the result of a military effort, which could instead worsen an already complex and precarious situation.“<sup>95</sup>

Viele Experten warnen vor einer „Militarisierung“ des Sahelraums mit kontraproduktiven Folgen. Humanitäre Organisationen rechnen als Folge einer großangelegten Militärintervention in Nordmali mit einer Verdopplung der Flüchtlingszahl auf mindestens 700.000.<sup>96</sup> Sie verweisen darauf, dass nur eine langfristige Strategie Erfolg haben wird, die gute Regierungsführung, Entwicklung peripherer Gebiete und eine umfassende Sicherheitssektorreform miteinander kombiniert.<sup>97</sup>

Die internationale Gemeinschaft stand zum Jahreswechsel 2012/13 vor einem Dilemma. Die zusammengewürfelte ECOWAS-Truppe im Verbund mit der malischen Rumpfarmee würde sich schwertun, den Norden zu befreien. Der VN-Sicherheitsrat hatte die Autorisierung einer ECOWAS-Mission denn auch wiederholt mit der Begründung hinausgeschoben, dass die vorgelegten Einsatzpläne unzureichend seien. Auch die AU schien vom Erfolg der Mission nicht recht überzeugt zu sein. Ihr Vorsitzender Thomas Boni Yayi bat Anfang Januar die NATO um die Entsendung flankierender Kräfte.<sup>98</sup> Immer klarer wurde, dass massive westliche Unterstützung notwendig sein würde. Doch je stärker sie geleistet würde, desto mehr Rückenwind könnten die Dschihadisten im selbst erklärten „Heiligen Krieg“ gegen westliche „Invasoren“ erhalten.

Die dramatischen Ereignisse vom Januar 2013 brachten über Nacht eine überraschende Wende. Kämpfer der *Ansar al-Din*, die sich aus den Friedensgesprächen zurückgezogen und den Waffenstillstand aufgekündigt hatte, rückten nach Süden vor. Bald war klar, dass es nicht darum ging, die Verhandlungsposition mit Gebietsgewinnen zu stärken. Die durch AQIM- und MUJAO-Kräfte verstärkte *Ansar al-Din* marschierte mit ca. 200 Fahrzeugen und 1.200 Mann über die Nord-Süd-Trennlinie und nahm am 10. Januar die Kleinstadt Konna ein. Es drohte die Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Mopti, ja sogar ein erfolgreicher Vorstoß auf die Hauptstadt Bamako.

In dieser Situation handelte der sozialistische Staatspräsident Hollande, der eigentlich das Kapitel traditioneller französischer Gendarmenpolitik in der „chasse gardée“ West- und Zentralafrika beenden wollte. Am 11. Januar befahl er mit Berufung auf die nach Kapitel VII der VN-Charta verabschiedeten Mali-Resolutionen die Militäroperation *Serval*. Entsprechende Ermunterung dürfte von Seiten der USA und Großbritanniens gekommen sein – beide Staaten sowie weitere Unterstützer stellten schließlich Transportflugzeuge für die Truppenverlegung. Denn es drohte der Zusammenbruch eines ganzen Staates mit unabsehbaren Auswirkungen auf die weitere Region. Zudem galt es,

rund 6.000 französische Staatsbürger in Mali zu schützen. Auch wenn Hollande dies dementierte, dürfte die Entscheidung auch von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst worden sein: Die drei vom französischen Konzern AREVA betriebenen Uranminen in Nordniger liefern einem Drittel der heimischen Kernreaktoren den Brennstoff. Die französischen Kräfte brachten die vorrückenden Kolonnen zum Stehen, schlugen eine überraschende islamistische Gegenoffensive nach Diabali zurück, drängten die Kämpfer wieder in den nördlichen Landesteil und eroberten bis Ende Januar Gao und Timbuktu zurück. Malische Soldaten kämpften an der Seite der Franzosen, doch dürfte ihr Beitrag zum Erfolg noch gering sein.<sup>99</sup>

Der Umfang der Mission und ihre rasche Entsendung deuten darauf hin, dass sie bereits als Eventualplan vorbereitet worden war. Binnen einer Woche wurden 1.400 Mann nach Mali verlegt, und das Truppenkontingent wuchs dort auf 3.500 Mann. Staatspräsident Hollande setzte der Operation *Serval* ehrgeizige Ziele: Zunächst sollte der Vormarsch der Dschihadisten nach Süden gestoppt werden, danach sollten sie auch in Nordmali niedergekämpft sowie landesweit die staatliche Autorität wiederhergestellt werden. Zwar sollten die Aufgaben von der ECOWAS-Truppe und der malischen Armee übernommen werden, doch ließ Hollande keinen Zweifel daran, dass französische Soldaten wohl für längere Zeit in Mali bleiben müssten. Möglicherweise wird es zu einer Tandemlösung wie in der Elfenbeinküste kommen: eine kleinere französische Mission (als „Krisenfeuerwehr“ sowie zum Schutz französischer Einrichtungen und Staatsbürger) im Verbund mit einer größeren internationalen Mission (diskutiert wird eine die MISMA ablösende Blauhelmission).

Die ca. 3.300 Mann starke ECOWAS-Truppe MISMA wird nun mit Zustimmung des VN-Sicherheitsrats ab sofort stationiert. Führungsnation und stärkster Truppensteller ist Nigeria, weitere Kontingente werden von Benin, Burkina Faso, Ghana, Guinea, Niger, Senegal und Togo kommen. Ergänzend will der Tschad, der kein ECOWAS-Mitglied ist, 2.000 Soldaten entsenden, sie aber nicht dem Kommando der MISMA unterstellen. Im Unterschied zu den ECOWAS-Soldaten sind die tschadischen Soldaten erfahren im Wüstenkampf, freilich auch bekannt für Menschenrechtsverletzungen.<sup>100</sup> Auch die European Union Training Mission in Mali (EUTM Mali) soll nun bereits im Februar/März 2013 beginnen. Unter französischer Führung werden 200-250 Ausbilder entsandt, die von 200 Soldaten geschützt werden. Die Zahl der Ausbilder soll bei Bedarf verdoppelt werden.<sup>101</sup> Zuständig für die Reform der malischen Armee ist freilich Putschistenführer Sanogo – dies ist keine gute Ausgangsvoraussetzung.

Die Lageentwicklung hat durchaus diskutabile Handlungsalternativen erst einmal obsolet gemacht: neue Verhandlungen

95 Laurent Prieur: Sahara states at odds over Mali rebels. Reuters, 9.4.2012, unter: <http://www.reuters.com/article/2012/04/09/us-mali-north-idUSBRE83808Y20120409> (Zugriff 27.9.2012).

96 Mali: Humanitarian impact of armed intervention. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, IRINnews, Dakar 18.12.2012, unter: <http://www.irinnews.org/Report/97076/MALI-Humanitarian-impact-of-armed-intervention> (Zugriff 8.1.2013).

97 So Christoph Marischka: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie: Mali. Was Aufstand und Putsch mit der EU-Strategie für den Sahel zu tun haben. In: Informationsstelle Militarisierung e.V., Ausdruck 2/2012, S. 18f.; Gregory Mann: Terror aus der Wüste. In: Welt-Sichten (2012) 2, S. 21-24.

98 Nato forces needed in Mali, says AU's Thomas Boni Yayi. BBC News, 9.1.2013, unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-20957063> (Zugriff 9.1.2013).

99 Ministère de la Défense: Operations, unter: <http://www.defense.gouv.fr/operations> (Zugriff 24.1.2013); Paris will Uranminen in Niger mit Soldaten schützen. FAZ, 25.1.2013.

100 Déploiement accéléré de la mission africaine au Mali. Le Monde Week-end, 19.1.2013.

101 European Union External Action: EUTM Mali, unter: <http://www.consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations/eutm-mali?lang=en> (Zugriff 24.1.2013); Council of the European Union: Council conclusions on Mali – 3217th FOREIGN AFFAIRS Council meeting, 17. Januar 2013, unter [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/134756.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/134756.pdf) (Zugriff 24.1.2013).

mit dem Ziel einer Spaltung der Islamisten in Gemäßigte und Radikale, Störung ihrer Nachschubwege, Abwerbung von Stämmen durch finanzielle Anreize, Etablierung und Bewaffnung örtlicher Widerstandsmilizen.

Ein langfristiger militärischer Erfolg ist allerdings noch nicht garantiert. Zwar werden die französischen und malischen Einheiten wahrscheinlich im Norden Gelände gewinnen und Orte einnehmen können. Doch müssen sie sich auf einen langdauernden Guerillakrieg und auf Terroranschläge auch außerhalb Malis einstellen. Die Dschihadisten könnten in gewohnter Manier in entlegene Landesteile sowie Nachbarstaaten ausweichen; ein konzertiertes Vorgehen in der Region zu ihrer Bekämpfung ist noch nicht absehbar. Frankreich muss über längere Zeit mit großem Kräfteinsatz durchhaltenfähig bleiben, um seine ambitionierten Ziele erreichen zu können. Allein das Territorium von Nordmali ist größer als Afghanistan, und mit der Stationierung von Soldaten zum Schutz französischer Uranminen in Nordniger deutet sich eine regionale Ausweitung des Konflikts an. Die Sympathien der Bevölkerung werden die Interventionsstreitkräfte nur dann erhalten, wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen spürbar verbessern und es nicht zu Ausschreitungen der internationalen und malischen Soldaten gegen Zivilisten kommt. In diesem Zusammenhang ist es ein Alarmzeichen, dass malischen Soldaten vorgeworfen wird, nach der Rückeroberung von Städten summarisch Araber und Tuareg exekutiert zu haben.<sup>102</sup>

Auch wird ein militärisches Vorgehen allein nicht genügen. Mittel- und langfristige muss eine umfassende Wiederherstellung effizienter und transparenter staatlicher Institutionen betrieben werden, nicht nur in Mali, sondern auch in den anderen Sahel-Staaten. Nur wenn der Staat seinen Bürgern Dienstleistungen, Erwerbsmöglichkeiten und Sicherheit bietet, werden sie sich loyal verhalten und sich nicht kriminellen, separatistischen oder dschihadistischen Bestrebungen zuwenden.

Essenziell ist es auch, sich der aktiven Unterstützung Algeriens zu versichern. Algerien ist bekannt dafür, über gute Kontakte zu den Ethnien und Bewegungen in Nordmali zu verfügen, zudem ist es die stärkste politische, wirtschaftliche und militärische Macht in der Region.

Da der nördliche Sahelraum geografisch, historisch und kulturell stärker mit den Maghrebstaaten als mit den westafrikanischen Küstenstaaten verbunden ist, erscheint eine Sicherheitspartnerschaft mit den nordafrikanischen Mächten vielversprechender als die alleinige Fokussierung auf die ECOWAS. Entsprechende Initiativen wurden bereits eingeleitet. So einigten sich im August 2009 Algerien, Libyen (das dann aber an den Sicherheitsarrangements nicht teilnahm), Mali, Mauretanien und Niger auf den „Plan von Tamanrasset“, in dem eine umfassende Zusammenarbeit gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, Waffenschmuggel und Entführungen verabredet wurde.<sup>103</sup> Im September 2010 begründeten Algerien,

Mali, Mauretanien und Niger in Tamanrasset (Südalgerien) ein gemeinsames Anti-Terror-Kommando und kündigten gar den Aufbau einer gemeinsamen Interventionsstreitmacht an. Schließlich verkündeten sie im Januar 2012 die Errichtung eines Aufklärungszentrums in Tamanrasset. In Algerien befindet sich außerdem das 2002 von der AU eingerichtete Anti-Terror-Zentrum.<sup>104</sup>

Die Erfolge waren bislang allerdings mäßig. Die Ursachen liegen in den beschränkten militärischen Kapazitäten der Sahelstaaten und ihren Rivalitäten untereinander. Nun kommt es darauf an, die begonnenen Initiativen weiterzuführen und konkrete Fortschritte zu erzielen. Der Sturz des malischen Präsidenten Amadou Toumani Touré erleichtert eine Annäherung zwischen Mali und Algerien, denn zum Ende von dessen Amtszeit waren die bilateralen Beziehungen auf den Nullpunkt gesunken.

Leider erschwert das angespannte algerisch-marokkanische Verhältnis die Bemühungen um Stabilisierung. Die Rivalität der beiden stärksten Regionalmächte wirkt sich negativ auf den Sahelraum aus und verhindert eine Bündelung der Kräfte. Ein algerisch-marokkanisches Arrangement in Verbindung mit einer Lösung des seit Jahrzehnten festgefahrenen Westsaharakonflikts würde die Erfolgchancen für eine Stabilisierung des Sahelraums deutlich erhöhen. Im Idealfall käme Libyen als weitere Säule hinzu – derzeit ist das Land jedoch eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Seine rasche Stabilisierung ist unerlässlich, um die Ausbreitung von Instabilität im Sahelraum einzudämmen.

## Fazit

Derzeit haben Frankreich und die ECOWAS die Führungsrolle bei der Konfliktlösung in Mali inne. Ergänzend sollte die aktive Einbeziehung des Schlüsselakteurs Algerien gesucht werden. Wenn dies nicht gelingt, ist nicht nur das angestrebte Ziel in Frage gestellt, sondern es könnten neue Gräben aufbrechen und vorhandene Befürchtungen in Algerien hinsichtlich einer westlichen „Militarisierung“ des Sahelraums mit antialgerischer Tendenz verstärkt werden.

Hinzu kommt die mittel- und langfristige Aufgabe der Stabilisierung staatlicher Strukturen. Im Sahelraum wie auch in anderen Teilen Subsahara-Afrikas finden sich zahlreiche scheiternde Staaten, deren Regierungen weder das Territorium hinreichend kontrollieren noch ihren Bevölkerungen zu friedensstellende Basisdienstleistungen bieten können. Nur im konzertierten Zusammenwirken vieler internationaler Akteure mit den wenigen Stabilitätsankern in Afrika wird diese Herkulesaufgabe lösbar sein.

Militärische Intervention zur Schadensbegrenzung wird unvermeidbar bleiben, sollte aber nicht vorrangiges Handlungsinstrument sein.

(abgeschlossen am 29.1.2013)

<sup>102</sup> Mali conflict: Troops accused of 'summary executions'. BBC News, 24.1.2013, unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-21166537> (Zugriff 24.1.2013).

<sup>103</sup> Alexis Arief: Algeria: Current Issues. Congressional Research Service 7-5700, Washington D.C., 22.2.2011, S. 9.

<sup>104</sup> United Nations Security Council (wie Anm. 17), S. 7.